

PRAG IM „ERNEUERTEN“ STAAT –
VON DER LANDESMETROPOLE ZUR HAUPTSTADT
DER NEUEN REPUBLIK

Das Archiv der Hauptstadt Prag veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, der Fakultät für Humanistische Studien der Karls-Universität Prag, dem Lehrstuhl für Geschichte an der Philosophischen Fakultät der J. E. Purkyně-Universität in Ústí nad Labem sowie dem Obecní dům (Gemeindehaus) am 16. und 17. Oktober 2018 seine traditionsreiche jährliche Konferenz zur Stadtgeschichte. Die Tagung fand in den repräsentativen Räumlichkeiten des Obecní dům in Prag statt, in denen ab Sommer 1918 die vorbereitenden Verhandlungen für die Entstehung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates geführt und dessen erste Gesetze verabschiedet wurden.

Im Zentrum der Tagung standen die Hauptstädte der aus dem Zerfall der Habsburgermonarchie hervorgehenden Republiken sowie politische, administrative, wirtschaftliche, kulturelle oder religiöse Aspekte der Entwicklung von Metropolen und regionalen Zentren zwischen 1918 und 1938. In seinem einführenden Referat skizzierte Jiří Pešek (Prag) die Umbruchszeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und die Auswirkungen, die die Gründung neuer Staaten und die Erhebung einstiger regionaler Metropolen zu Hauptstädten hatten. Mit Prag und der Prager Selbstverwaltung nach 1918 befasste sich dann Václav Ledvinka (Prag), der Přemysl Šámal und Karel Baxa als die ersten Protagonisten an der Spitze der Hauptstadt Prag vorstellte und ihre Rolle bei der Entstehung Groß-Prags (1922) schilderte. Anschließend sprach Veronika Knotková (Prag) über den Geschäftsbetrieb im Prager Magistrat, wobei ihr Interesse vor allem den Beamteneliten der Prager Selbstverwaltung galt.

Zu den zentralen Themen der Konferenz gehörte die Frage, wie die Städte ihren neuen Status bewältigten. Nach der Ausrufung der unabhängigen polnischen Republik geriet Krakau, eines der traditionellen Zentren Polens, in den Schatten der neuen Hauptstadt Warschau. Hanna Kozińska-Witt (Krakau) schilderte den Imagewandel, der damit einherging: Während Krakau fortan als Stadt galt, die an die ruhmreiche Vergangenheit der Polen erinnerte, sollte Warschau als moderne Großstadt die Zukunft Polens verkörpern. Auch der Umgang der beiden Städte mit der umfangreichen jüdischen Bevölkerung unterschied sich. Lebten die Juden in Warschau in einem vernachlässigten Viertel, wurde das jüdische Viertel in Krakau modernisiert und in den 1930er Jahren als touristische Sehenswürdigkeit beworben. Anna G. Piotrowska (Krakau) ergänzte den Blick auf Krakau am zweiten Konferenztag mit einem Beitrag über das Musikleben der Stadt, in dem auch eher konservative Elemente dominierten.

Während das Prestige von Prag und Warschau zunahm, hatten Wien und Budapest – obwohl ebenfalls Hauptstädte – ihren Rang als zentrale Orte der Monarchie eingebüßt. Die Situation in Budapest führte András Sipos (Budapest) den Zuhörern vor Augen. Er sprach unter anderem über die kühnen Pläne, die Stadt in das „Paris des Ostens“ zu verwandeln, wofür insbesondere die Bäder und die Messen genutzt wer-

den sollten, die zu Kultur- und Unterhaltungsattraktionen wurden. Máté Tamáska (Budapest) stellte Budapest als Hafenstadt vor und sprach über alte und neue Konflikte um die Nutzung des Flusslaufs zwischen Wien und Budapest.

Wien in der Nachkriegszeit galt die dritte Sektion des ersten Konferenztags. Die Stadt war nach dem Krieg nicht nur erschöpft und in ihrer Bedeutung angeschlagen, sondern erlebte auch eine starke Abwanderung, womit sie in der Region eine Ausnahme darstellte. Andreas Weigl (Wien) referierte über die Ära des „Roten Wien“ unter Führung der Sozialdemokraten, die die akuten sozialen Probleme der Stadt unter anderem durch den Bau städtischer Wohnungen, ein System der Sozialfürsorge und die Förderung des Schulwesens lösen wollten. Über die Stellung der Theater und anderer kultureller Institutionen wurden die Zuhörer von Alfred Pfoser (Wien) informiert, der vor allem den Wandel unmittelbar nach 1918 resümierte – zu einer Zeit also, in der Wien als „sterbende Stadt“ bezeichnet wurde. Diese Jahre erwiesen sich auch als Krisenzeit für ehemalige Mitglieder des Kaiserhofs, loyale österreichische Beamte oder Angehörige des Militärs, deren privaten und beruflichen Schicksalen Christopher Brennan und Alma Hannig (Bonn) nachgingen.

Für die Tagung waren besonders die komparativ angelegten Beiträge wichtig. Jiří Pešek und Nina Lohmann (Prag) verglichen die politische Situation in Wien, Prag und Warschau. Während alle drei Städte mit ähnlichen Problemen kämpften, stellten die beiden Referenten doch Besonderheiten fest: Für Wien hoben sie positiv die effektive Lösung der Wohnungskrise hervor. Die Lage in Warschau war indessen von dem Krieg geprägt, den Polen 1921 mit Sowjet-Russland um die Grenze führte. Der Stadt fehlte es an Mitteln, einen Aufschwung erlebte sie erst in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Prag durchlief die vergleichsweise ruhigste Nachkriegsentwicklung. Obwohl sich die Regierung um eine Beschränkung der bisherigen Kompetenzen der Prager Selbstverwaltung bemühte und die von ihr eingeworbenen finanziellen Mittel aus Auslandskrediten zur Stärkung der Staatsinteressen zurückhielt, gelang es der Stadt, ihre Infrastruktur auszubauen. Blanka Soukupová (Prag) verglich die genannten Städte unter der Perspektive ihres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn, wofür sie die Auseinandersetzung mit Symbolen der Monarchie im öffentlichen Raum als Beispiel heranzog. Die Ereignisse in Prag kontrastierte sie mit dem Vorgehen in Bratislava, wo die Beseitigung der an die Monarchie erinnernden Denkmäler erst in den 1920er Jahren stattfand und zudem in Zusammenhang mit der Ankunft der Tschechen in der Stadt stand. In Warschau riss man Gebäude im byzantinischen Stil ab, der mit der russischen Vorherrschaft in Verbindung gebracht wurde.

Eine weitere Sektion war dem nach dem Krieg hochaktuellen Thema der Sozialfürsorge und des Gesundheitswesens gewidmet. Hana Svatošová (Prag) untersuchte die Wohnungsnot im Prag der Zwischenkriegszeit. Übervölkerte Haushalte und die Vermietung von zu Wohnzwecken ungeeigneten Räumlichkeiten und Notkolonien zwangen die Stadt zu reagieren. Diese kaufte Land in den angrenzenden Gemeinden an, da sie dort jedoch größtenteils Einfamilienhäuser baute, konnte sie die Not nicht wirklich eindämmen. Olga Fejtová (Prag) stellte die Hintergründe der Errichtung der Masaryk-Heime (Masarykovy domovy) vor. Dieses ehrgeizige Sozialprojekt des Prager Magistrats war als zentrale Versorgungseinrichtung der Hauptstadt Prag kon-

zipiert, wobei die soziale Funktion mit einer Gesundheitsversorgung nach Art eines Krankenhauses kombiniert wurde. Auf diese Weise löste man das Problem der institutionalisierten Sozialfürsorge für Senioren, Arme und chronisch Kranke – aber auch für Jugendliche im unruhigen Umfeld des Kunratitzer Waldes.

Der zweite Konferenztag begann mit Vorträgen zum Ausbau der tschechoslowakischen Provinzstädte. Miroslav Jeřábek (Brno/Brünn) skizzierte die Verwandlung von Brünn, das von der „Wiener Vorstadt“ zur Metropole Mährens avancierte und als Zentrum der modernen Architektur in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit gelten darf. Andrea Pokludová (Ostrava/Mährisch Ostrau) sprach über das wirtschaftliche, bauliche und kulturelle Wachstum Mährisch Ostraus. Die Transformation von der Kleinstadt zur modernen Metropole einer Industrieregion verdankte die Stadt unter anderem dem Aufschwung und der Modernisierung der Witkowitz Eisenwerke (Vítkovické železářny). Karel Řeháček (Plzeň/Pilsen) hob die Bedeutung der sozialdemokratischen Partei für die Entwicklung Pilsens hervor. In der Zwischenkriegszeit wurden neue Wohnungen gebaut, Kultur- und Sozialeinrichtungen gegründet sowie in Infrastruktur und Verkehr investiert. Diese Politik führte zwar zur Verschuldung der Stadt, bedeutete auf die lange Sicht aber eine gute Basis für die Entwicklung Pilsens.

Anschließend wendete sich die Aufmerksamkeit erneut Prag zu, wobei es primär um die Kultur ging. Tomáš Sekyrka (Prag) stellte das Wirken des Vereins bildender Künstler „Mánes“ vor, der als zentrale Kunstorganisation auch dank seiner Verflechtung mit der Politik den Kulturbetrieb in der Republik prägte; Vereinsmitglieder saßen im Kuratorium der staatlichen Modernen Galerie und hatten Einfluss auf die Auswahl der von der Tschechoslowakei angekauften Kunstwerke. Einen Einblick in die Entwicklung dieser Galerie und einer anderen großen Kunstinstitution – der Gemäldegalerie der Gesellschaft patriotischer Kunstfreunde – bot Vít Vlnas (Prag). Er knüpfte damit unmittelbar an seinen Vorredner an, denn der Konflikt zwischen dem Verein „Mánes“ und dem Vertreter der tschechischen Avantgarde František Kubišta führte zur Kritik an der Modernen Galerie als einer Institution, die in einer Zeit des Fortschritts weiterhin der Kunst des 19. Jahrhunderts huldigte. Dagegen war die in künstlerischer Hinsicht progressive Gemäldegalerie gezwungen, ihre Ausstellungsräume im Rudolfinum zu verlassen, da diese für das wachsende Abgeordnetenhaus benötigt wurden. Milan Pech (Prag) befasste sich mit der Entwicklung eines privaten Ausstellungssaals – des Salons Topič. Hier wurde hauptsächlich Kunst ausgestellt, die den Geschmack der Besitzer widerspiegelte, darunter mit dem Spiritualismus verbundene Werke; gezeigt wurden auch Ausstellungen von Künstlerinnen.

Auf dem Tagungsprogramm stand weiter die Frage der religiösen Situation in der Hauptstadt der Tschechoslowakei. Zdeněk R. Nešpor (Prag) sprach über den Glaubenswandel. Nach der Entstehung der Republik wuchs die Zahl der Atheisten, wenn auch die prozentuale Veränderung in Prag aufgrund der Zuwanderung ländlicher Bevölkerung nicht allzu markant ausfiel. Zur gleichen Zeit wurde die Tschechoslowakische Kirche gegründet, die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder etablierte sich und weitere kleinere christliche Kirchen kamen hinzu. In Prag entstanden neue Kirchenbauten und Andachtsräume, dank der Stadterweiterung nahm

außerdem die Zahl der römisch-katholischen Kirchengebäude zu, deren Kapazität jedoch nicht dem Bevölkerungswachstum entsprach. Kritisch war besonders die Situation in den angeschlossenen Gemeinden. Sie konnte zumindest teilweise durch ein Projekt gelöst werden, das als Wiedergutmachung für die Zerstörung der Mariensäule auf dem Altstädter Ring angelegt war. Es ging um die Verpflichtung, in den neuen Prager Vierteln einen Kranz von zwölf Kirchen zur Erinnerung an die zwölf Sterne in der Krone der Jungfrau Maria zu errichten. Michal Sklenář (Prag) fasste die Entwicklung dieser Bemühungen zusammen und präsentierte einige der im Rahmen des Projekts entstandenen sakralen Neubauten (Spořilov, Kbely, Lhotka). Die Rolle, die Prag als Ziel für Schulausflüge tschechischer Minderheitenschulen aus der Region Ústí nad Labem/Aussig einnahm, beleuchtete Josef Márc (Ústí nad Labem).

Die letzte Sektion der Konferenz galt baulichen Aktivitäten und Veränderungen der Prager Verkehrsinfrastruktur. Jan Kober (Prag) skizzierte die Suche nach städtischem Raum für die neuen obersten Staatsbehörden und stellte die nie verwirklichten Pläne für den Bau eines modernen Parlamentsgebäudes auf dem Letná-Plateau vor. Auf die Frage, wie das Programm und die Tätigkeit der Genossenschaft der Baumeister in Prag das Konzept der baulichen Entwicklung Groß-Prags und dessen Umsetzung beeinflussten, konzentrierte sich Jiří Vlasák (Prag). Die Genossenschaft der Baumeister als Interessen- und Selbstverwaltungskorporation wirkte an der Schaffung der Bedingungen mit, die privaten Baumeistern die Beteiligung an dem neuen Vorhaben ermöglichten, und übte in diesem Bereich Druck auf einzelne Elemente der Staatsverwaltung und der Gemeindeführung aus bzw. schlug selbst konkrete Lösungen und Maßnahmen vor.

Nicht zuletzt veränderte sich das Gesicht der Städte durch den Autoverkehr – eine Entwicklung, von der auch Prag nicht unberührt blieb – wie Jan Štemberk (Prag) ausführte, der unter anderem auf regulierende Maßnahmen und die Einführung technischer Einrichtungen zur Verkehrslenkung einging.

Dass die meisten Beiträge der Tagung sich auf die Tschechoslowakei bezogen, mag den Feiern zum 100. Jahrestags der Staatsgründung geschuldet gewesen sein. Doch gab es eine Reihe von Referenten, die sich mit der Entwicklung in den umliegenden Staaten beschäftigten, so dass Vergleiche angestellt und die Geschichte Prags in ihrem mitteleuropäischen Kontext gesehen werden konnten. Dabei wurde klar, dass (fast) alle Städte vor der Herausforderung standen, auf große soziale Not und ein beträchtliches Bevölkerungswachstum zu reagieren. Vor allem aber brachten das Ende der Monarchie und die Entstehung der Republiken auch neue Verwaltungsaufgaben mit sich – und damit nicht zuletzt praktische Fragen wie die, wo Regierungsbehörden untergebracht werden sollten. Viele Referentinnen und Referenten wiesen zudem darauf, dass den Transformationen, die im ersten Nachkriegsjahrzehnt begonnen wurden, keine lange Dauer beschieden waren; zahlreiche Projekte endeten während der Wirtschaftskrise, andere zerstörten der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzung. Dennoch wurden auch in dieser kurzen Zeit Fundamente gelegt, auf denen die künftigen Metropolen Mitteleuropas nach 1945 aufbauen konnten.